

Backnang im Jahr 1923

Von Bernhard Trefz

Nach den äußerst schwierigen Anfangsjahren schien sich die Weimarer Republik rund vier Jahre nach ihrer Gründung einigermaßen konsolidiert zu haben und in ruhigeres Fahrwasser geraten zu sein, als das Jahr 1923 zu einer gewaltigen Zerreißprobe wurde: Mit der Ruhrbesetzung, einer Hyperinflation und dem Hitlerputsch, um nur die größten Krisen dieses Jahres zu nennen, geriet die Republik an den Rand des Zusammenbruchs. Die Krisen wirkten sich natürlich auch auf Backnang aus, was dazu führte, dass die Stadt ebenfalls ein äußerst turbulentes Jahr erlebte. Welche Ereignisse sich nun genau im Jahr 1923 in Backnang abspielten, soll der folgende Beitrag aufzeigen.

Verschärfung der ohnehin schon schwierigen wirtschaftlichen Lage durch die Ruhrbesetzung

Deutschlands Wirtschaftslage am Jahresende gleicht dem Schwindsüchtigen, auf dessen Wangen Rosen blühen, während todkrank sein Leib zerfällt. So beschreibt ein Artikel im Murrthal-Boten vom 3. Januar 1923 die dramatische wirtschaftliche Situation in Deutschland zum Jahreswechsel 1922/23. Als Gründe dafür nennt die Zeitung unter anderem die *Verteuerung aller Produktions- und Gesteungskosten*, das Zögern der Banken bei der Kreditvergabe aufgrund der *Unsicherheit der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse*, eine der *schlechtesten Getreideernten, die Deutschland jemals erlebt hat* sowie eine *neue Teuerungswelle*, bedingt durch eine *gewaltige Erhöhung der Kohlenpreise, der Tarife für Post und Eisenbahn* und eine *kolossale Erhöhung des Brotpreises*.¹

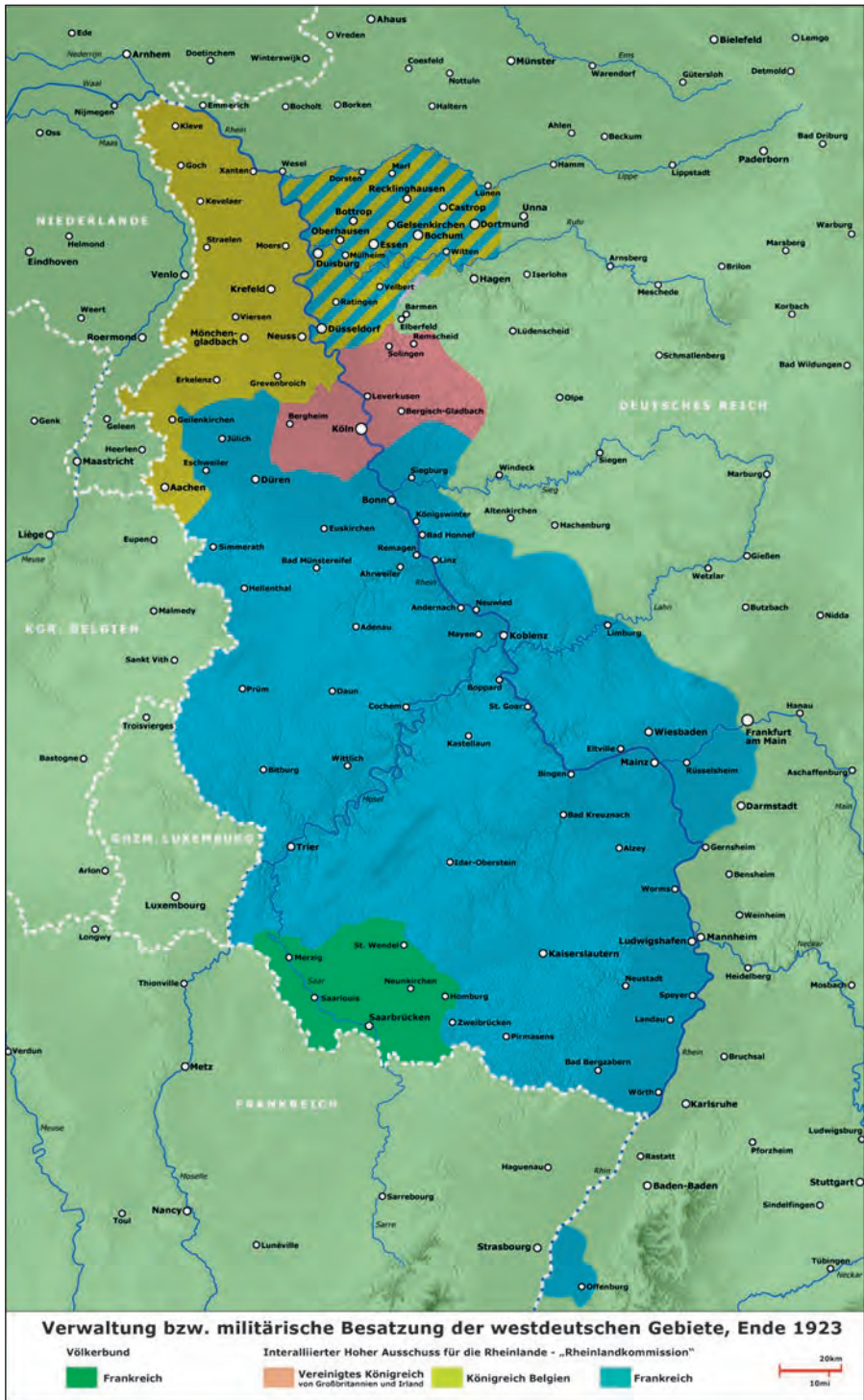
Als wären diese Indikatoren einer wirtschaftlichen Krise nicht schon schlimm genug, kam es zu Beginn des Jahres 1923 zu einem einschneidenden Ereignis, dass die Gesamtsituation noch dramatisch verschlechtern sollte. Durch den

Versailler Vertrag von 1919 war Deutschland verpflichtet, Reparationen an die Siegermächte des Ersten Weltkriegs zu leisten. Aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage verzichteten die Alliierten 1922 auf die Reparationszahlungen in Form von Geld und ließen stattdessen Sachleistungen (beispielsweise Kohlelieferungen) zu. Schon am 26. Dezember 1922 stellte die alliierte Reparationskommission allerdings fest, dass Deutschland mit der Lieferung im Rückstand sei. Und es kam noch schlimmer: Am 9. Januar 1923 erklärte die Kommission, dass Deutschland absichtlich Lieferungen zurückhalten würde. Dies nahmen Frankreich und Belgien zum Anlass, um in den darauffolgenden Tagen das Ruhrgebiet zu besetzen. Hintergrund war, dass man die dort vorhandene Kohleproduktion als „Faustpfand“ gegenüber den säumigen Deutschen sichern wollte. Für Frankreich bot der Einmarsch jedoch gleichzeitig die Möglichkeit, nach dem Saargebiet weitere linksrheinische Gebiete von Deutschland abzutrennen und damit den Erzfeind dauerhaft zu schwächen.²

Während die ehemaligen Alliierten Großbritannien und USA dieses Vorgehen zumindest als illegal bezeichneten, kam es in Deutschland erwartungsgemäß zu einem nationalen Aufschrei, dem sich auch Backnangs Stadtschultheiß Dr. Albert Rienhardt (1877 bis 1953) anschloss. In der Gemeinderatssitzung vom 13. Januar 1923 hielt er eine flammende Rede und bezeichnete es als *ernste Pflicht, vor Beginn unserer Verhandlungen des Raubzugs zu gedenken, den die beispiellose Rach- und Herrschsucht Frankreichs in das Herz des deutschen Landes unternommen hat*. Rienhardt bezeichnete das Vorgehen als *brutale Macht- und Hasspolitik, die selbst den Vertrag von Versailles, an sich schon ein Instrument der Hölle, verleugnet und das deutsche Recht auch dieser schwachen Stütze beraubt, um französische Bayonnette weiter über den Rhein zu schicken und in*

¹ MB vom 3. Januar 1923.

² Vgl. dazu: Eberhard Kolb: Die Weimarer Republik. München 2010, S. 51.



Die Ende 1923 von fremden Mächten besetzten westdeutschen Gebiete.

deutsches Herz zu stossen.³ Die Folgen der Ruhrbesetzung sollten das Jahr 1923 deutlich beherrschen und sich auch auf die Stadt Backnang auswirken. Doch dazu später mehr.

Zusammensetzung des Gemeinderats

Am 15. März 1919 wurde in Württemberg das *Gesetz betreffend das Gemeindewahlrecht und die Gemeindevertretung* erlassen, das weitgehend mit dem heutigen demokratischen Wahlrecht vergleichbar ist. Erstmals besaßen nun auch Frauen das aktive und passive Wahlrecht. Die Wahl erfolgte auf sechs Jahre, nach drei Jahren musste die Hälfte des Gremiums ausscheiden (und zwar die mit den im Verhältnis geringeren Stimmenzahlen).⁴ Auf der Grundlage dieses Gesetzes beschloss der Gemeinderat Backnang am 4. April 1919, die Zahl der Mitglieder des Gremiums auf 20 (18 aus Backnang, zwei aus den Teilgemeinden Mittel-, Ober- und Unterschöntal, Rötleshof, Staigacker, Stiftsgrundhof und Ungeheuerhof) festzusetzen.⁵

Im ersten Backnanger Gemeinderat nach dem Ersten Weltkrieg waren folgende Parteien und Wählervereinigungen vertreten (in Klammern die Anzahl der Sitze): USPD (7), Bürgerpartei/Bauernbund (5), DDP (4), SPD (2) und Beamte, Unterbeamte, Privatangestellte (2).⁶ Zur Fraktion der DDP gehörte auch Felicitas Zeller (1867 bis 1947), die erste (und für lange Zeit einzige) Frau in der Backnanger Geschichte, die in den Gemeinderat gewählt wurde.⁷

Die nächste Gemeinderatswahl fand am 10. Dezember 1922 statt. Statt der fünf Parteien beziehungsweise Wählervereinigungen traten nun nur noch drei an: Bürgerpartei/Bauernbund, DDP und Beamte, Unterbeamte, Privatangestellte hatten sich zu einer Wählervereinigung zusammengeschlossen, USPD und SPD bildeten

die Vereinigte Sozialdemokratische Partei, während sich die weiter links stehenden Kräfte nun in der KPD zusammenfanden.⁸ Die Sitzverteilung sah nach der Wahl folgendermaßen aus: Wählervereinigung (11), Vereinigte SPD (5) und KPD (4). Wie der Nachbericht im Murrthal-Boten zu Recht feststellte, war durch die Wahl *eine Aenderung in den Stimmenverhältnissen nicht eingetreten*, weil das linke und rechte Lager genau so viele Stimmen wie 1919 hatten und weiterhin fast gleich stark waren.⁹

Zu den prominenten Mitgliedern des Gemeinderats gehörten aufseiten der Wählervereinigung Buchdruckereibesitzer Friedrich Stroh (1879 bis 1955), Fabrikant Eugen Adolff jr. (1871 bis 1923) und Lederfabrikant Robert Schweizer (1875 bis 1932). Ihnen gegenüber standen aufseiten der KPD beziehungsweise der Vereinigten SPD in erster Linie einfache Arbeiter wie etwa der Gerber Wilhelm Erlenbusch (1871 bis 1944) oder Selbstständige wie der Wirt „Zur Uhr“ Gottlob Erlenbusch (1862 bis 1928).¹⁰

Wohnungsnot und finanzielle Unterstützung der Baugenossenschaft

Ein heute wieder aktuelles Thema beschäftigte die Stadt Backnang auch schon vor 100 Jahren: eine akute Wohnungsnot. So standen zu Beginn des Jahres 1923 den rund 2000 Haushaltungen in Backnang nur 1830 Wohnungen zur Verfügung, sodass *etwa 170 Familien ohne Wohnung* waren. Verschärfend kam noch dazu, dass viele Wohnungen in Backnang *in sittlicher und gesundheitlicher Beziehung zu beanstanden* waren – genannt wurden vor allem *Wohnviertel im Graben, Staige, Koppenberg, Wassergasse und Postgäßle*.¹¹ Offensichtlich handelte es sich dabei um Häuser und Wohnungen, die sich in einem schlechten Zustand befanden und deren Eigentümer beziehungsweise

³ StAB Bac G 001-73, S. 558.

⁴ Reg.-Bl. Württ. 1919, S. 25 bis 30.

⁵ StAB Bac G 001-71, Bl. 853 f.

⁶ MB vom 21. Mai 1919.

⁷ Vgl. dazu: Stephanie Eble: „Mit Freuden hindurch“ – Felicitas Zeller, die erste Frau im Backnanger Gemeinderat. – In: BJB 7, 1999, S. 185 bis 199.

⁸ Zur Entwicklung des Parteienspektrums auf lokaler Ebene in Backnang siehe: Bernhard Trefz/Frank Nopper (Hg.): Das Backnang-Lexikon. Backnang 2014, S. 143 f.

⁹ MB vom 12. Dezember 1922.

¹⁰ MB vom 21. Mai 1919; StAB Bac G 001-73, S. 552.

¹¹ MB vom 20. Januar 1923.

Bewohner nicht die finanziellen Mittel besaßen, um daran was zu ändern.

Hatte die Stadt zwischen 1919 und 1921 noch selbst 29 *Wohnungen durch Neu- und Einbauten* erstellt, zog sie sich danach aus dem aktiven Wohnungsbau zurück und unterstützte nun finanziell die 1919 gegründete Baugenossenschaft.¹² Allerdings reichten die dafür vorgesehenen Mittel *infolge der weiteren Markentwertung* sehr schnell nicht mehr aus, so dass der Gemeinderat Anfang 1923 darüber entscheiden musste, ob man sie entsprechend aufstocken sollte. Stadtschultheiß Rienhardt verwies zu Recht darauf, dass der Stadt das dafür zusätzlich benötigte Geld nicht einfach so zur Verfügung stehe, sondern man *abermals auf den Weg der Anleihe angewiesen* sei. Dies würde jedoch, so Rienhardt weiter, *den Schuldendienst in erschreckendem Masse erhöhen*. Letztlich beschloss der Gemeinderat am 13. Januar 1923 dennoch, *die Weiterarbeit der Baugenossenschaft durch Bereitstellung der laufenden Betriebsmittel, die zunächst durch Schuldenaufnahme beschafft werden müssen, zu ermöglichen*.¹³

Die finanzielle Unterstützung der Baugenossenschaft sollte sich im Jahr 1923 zu einem Dauerthema im Gemeinderat entwickeln, da man immer wieder die eigentlich vorgesehenen Mittel aufstocken oder durch Kreditbürgschaften absichern musste.¹⁴ Sonst drohte eine Einstellung der Bauarbeiten, was aufgrund der vorherrschenden Wohnungsnot niemand verantworten wollte. Letztlich wurden im Jahr 1923 folgende Bauvorhaben, die zu Wohnzwecken dienten, zumindest genehmigt, auch wenn sie zum Teil dann erst 1924 verwirklicht wurden: fünf *Einfamilienhäuser*; vier *Wohnhäuser*, darunter eines mit sechs Wohnungen der Lederfabrik Fritz Häuser an der Walksteige; drei *Doppelhäuser* der Baugenossenschaft in der Winnender Straße; ein *Zweifamilienhaus*; ein *Kleinhaus* sowie der *Einbau von zwei neuen Wohnungen*.¹⁵ Damit konnte die Wohnungsnot in Backnang natürlich nur in Ansätzen gelindert werden.

Zu den öffentlichen Bauten, die 1923 neben einem Leichenhaus¹⁶ in die Wege geleitet und dann bis 1924 auch umgesetzt wurden, gehörten ein Lehrerwohnhaus für das Seminar und der Neubau des Bezirkskrankenhauses. Das Wohnhaus für die Seminarlehrer entstand in unmittelbarer Nähe zum Lehrerseminar an der Ecke Aspacher Straße/Richard-Wagner-Straße. Das Gebäude ist heute Bestandteil des Polizeireviere Backnang. Eine wesentlich längere Diskussion ging dem Baubeschluss für ein neues Bezirkskrankenhaus in Backnang voraus: Das Krankenhaus war seit 1869 in der späteren Bahnhofstraße untergebracht (heute steht dort das sogenannte Bildungshaus). Schnell hatte sich herausgestellt, dass es mit seinen gerademal 22 Betten viel zu klein war, weshalb die Amtsversammlung des Oberamts Backnang immer wieder über einen möglichen Neubau diskutierte. Dies intensivierte sich nach dem Ersten Weltkrieg, wobei die Frage, wo das neue Krankenhaus denn erstellt werden sollte, immer mehr in den Mittelpunkt rückte. Letztlich konnte am 15. August 1923 der Baubeschluss gefasst werden und die Stadt stellte dafür einen *Platz im Benzwasen zwischen den Straßen nach Winnenden und Unterweissach* zur Verfügung. Als optimal wurde dieser Standort nicht von allen gesehen, da das Krankenhaus mitten *in ein neu entstehendes Wohnviertel* gebaut wurde.¹⁷ Auch die zunehmende Inflation des Jahres 1923, die die Finanzierung des Bauvorhabens immer wieder vor große Herausforderungen stellte, konnte den Neubau letztlich nicht verhindern, der am 15. November 1924 schließlich eröffnet wurde.¹⁸

Auseinandersetzungen um den Wohnhausbau von Stadtschultheiß Rienhardt

Auch Stadtschultheiß Rienhardt stand im Sommer 1923 plötzlich ohne Bleibe da, weil ihm seine Mietwohnung im Größeweg 29 (sogenannter Elisenhof) gekündigt worden war.¹⁹ Der Stadt-

¹² Ebd.

¹³ StAB Bac G 001-73, S. 558 und 565 ff.

¹⁴ Ebd., S. 585, 612 ff., 705 ff., 724 ff., 796, 806 und 833.

¹⁵ StAB Bac B 021-21, Bl. 93 bis 122.

¹⁶ Siehe dazu die Ausführungen weiter unten.

¹⁷ MB vom 16. August 1923.

¹⁸ MB vom 18. November 1924. Vgl. dazu auch: Karlmann Maier: Vom Adlerlaß zum Laserstrahl. Chronik der ärztlichen Versorgung im ländlichen Raum am Beispiel des Oberamtes Backnang. Backnang 1993, S. 151.

¹⁹ StAB Alte Einwohnermeldekartei, Karte „Dr. Albert Rienhardt“.

vorstand trug sich nun mit dem Gedanken, ein *Einfamilienhaus zu bauen*. Dies sei aber nur möglich, wenn die Stadt ihm für *Anlegung der Zufahrt, Zuteilung von Wasser und Gas, sowie für Kanalisation* finanzielle Zuwendungen bis zur Höhe des *ordentlichen Gemeindegeldzuschusses* machen würde.²⁰ Im Gemeinderat war man sehr darauf bedacht, dass Rienhardt keine Vorzugsbehandlung bekam, was aufgrund der angespannten Lage auf dem Wohnungsmarkt durchaus verständlich war. Zum Streitpunkt wurde jedoch die Größe des zu bebauenden Grundstücks: Da der Zuschnitt des Bauplatzes an der Schöntaler Straße Ecke Rötzensweg ziemlich schmal war, wollte Rienhardt eine größere Fläche haben, was ihm jedoch verwehrt wurde. Letztlich konnte er zehn Ar *unter den üblichen Bedingungen* käuflich erwerben und so wurde schließlich bis Sommer 1924 das heute noch bestehende Gebäude Schöntaler Straße 50 errichtet.²¹

Bevor das Wohnhaus jedoch fertig war, gab es weiteren Ärger: Landwirt Otto Schad (1877 bis 1968), der das benachbarte Gebäude Rötzensweg 1 besaß, brachte vor, dass er 1909/10 für den *Hauptstrang der Wasserleitung in der Schöntaler Straße* einen *Beitrag von 1000 M* gezahlt hätte. Damals sei ihm zugesichert worden, dass, wenn weitere Anschlüsse an die Wasserleitung gemacht würden, ihm *die nächsten 3 Abnehmer je 250 M* zu zahlen hätten. Für den Fall, dass nicht sofort drei neue Abnehmer gleichzeitig vorhanden waren, gab es folgende Regelung: *Der erste Abschlissende soll zunächst 500 M ersetzen und von den beiden nächsten wieder anteilmässige Entschädigung bekommen*. Eine ähnliche Verpflichtung gab es auch für den Gasanschluss. Deshalb verlangte Schad nun von Rienhardt einen Betrag von rund 800 M. Verschärfend kam hinzu, dass Schad die *Entschädigung in Goldmark auf Dollarbasis* wollte und die *Bezahlung innerhalb 3 Tagen*, ansonsten drohte er mit Klage. Pikant an der ganzen Sache

war, dass Schad im Gemeinderat saß. Deshalb versuchten seine Kollegen ihn in der Sitzung vom 14. August 1923 zu einer gütlichen Einigung zu überreden, was erstmal *ergebnislos* blieb.²² Wie der Fall letztlich ausging, ist leider nicht überliefert.

Neue Kirchenglocken für die Stiftskirche und den Stadtturm

Einen Grund zur Freude gab es jedoch (nicht nur) für die evangelische Kirchengemeinde Backnang: Nachdem man im Kriegsjahr 1917 die beiden Kirchenglocken der Stiftskirche und zwei der vier Glocken auf dem Stadtturm zum Einschmelzen für die Waffenproduktion hatte abgeben müssen²³, konnten diese nach Ende des Kriegs zumindest teilweise wieder ersetzt werden. Bereits im Jahr 1921 erhielt die Stiftskirche eine *neue Vaterunserglocke*, die von *drei Brüdern, Inhaber einer Lederfabrik*, gestiftet und auf dem südlichen Turm aufgehängt wurde.²⁴ Die Glocke hatte ein Gewicht von 160 Kilogramm, einen Durchmesser von 64 Zentimeter und trug ein Porträt von Martin Luther (1483 bis 1546).²⁵ Am 25. Januar 1923 wurden dann zwei neue Glocken auf den Stadtturm gebracht, wovon eine von der Spinnereibesitzerfamilie Adolff gestiftet wurde. Diese hatte ein Gewicht von 232 Kilogramm und einen Durchmesser von 72 Zentimetern. Die andere Glocke war mit einem Durchmesser von 128 Zentimetern und einem Gewicht von 1304 Kilogramm wesentlich größer und schwerer.²⁶ Alle drei Glocken wurden in der Glockengießerei Kurtz in Stuttgart gefertigt.²⁷ Die Freude an diesen Glocken sollte allerdings nicht allzu lange währen, denn im Februar 1942 musste man sie allesamt wieder abgeben, damit sie zur Munitionsherstellung eingeschmolzen werden konnten. Heute stammen alle Glocken, die sich auf der Stiftskirche und dem Stadtturm befinden, aus dem Jahr 1950.²⁸

²⁰ StAB Bac G 003-1, S. 228f.

²¹ StAB Bac G 001-73, S. 792 ff.; Alte Einwohnermeldekartei, Karte „Dr. Albert Rienhardt“.

²² StAB Bac G 003-1, S. 259f.

²³ Bernhard Trefz: Backnang im Ersten Weltkrieg. 4. Teil: Das Jahr 1917. – In: BJb 25, 2017, S. 115 ff.

²⁴ MB vom 18. April und 3. Dezember 1921. Bei den drei Brüdern handelte es sich um Karl, Fritz und Hermann Pommer, deren Lederfabrik in der Wilhelmstraße 55 stand (spätere Murrthal-Lederfabrik). Bernhard Trefz/Frank Nopper (Hg.): Das Backnang-Lexikon. Backnang 2014, S. 148.

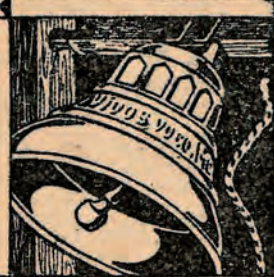
²⁵ MB vom 26. Januar 1923.

²⁶ Ebd.

²⁷ Zur Glockengießerei Kurtz siehe auch: Stuttgarter Zeitung vom 12. Mai 2021.

²⁸ BKZ vom 16. Mai 1950. Vgl. auch: Die Kunstdenkmäler der Rems-Murr-Kreises. Bearbeitet von Adolf Schahl. München, Berlin 1983, S. 236 und 252.

Backnang.
Einladung.



Aus Anlass der Einholung der
neuen Glocken

findet am **Mittwoch, 24. Januar, um 4 Uhr** auf dem Platz vor Stadtpfarrhaus und Realschule eine

== F e i e r ==

mit Turmblasen, Gesängen, Gedichten und Ansprachen statt.

Hernach Besichtigung der Glocken.

Am Sonntag, 28. Januar

**Fest-Gottesdienst
zur Glockenweihe**

mit Gesängen des Kirchenchors.

Alle Glieder unserer evangelischen Kirchengemeinde in der Stadt und den Filialen werden zu beiden Feiern herzlich eingeladen.

Evang. Kirchengemeinderat.

Einladung zum „Fest-Gottesdienst“ anlässlich der „Einholung der neuen Glocken“
(MB vom 22. Januar 1923).



Blick vom Obstmarkt Richtung Stadtturm mit neuer Turmuhr (Aufnahme von 1925).

Anschaffung einer neuen Turmuhr

Im Jahr 1923 gab es in Backnang an folgenden öffentlichen Gebäuden eine Uhr: Lehrerseminar, Schlachthof, Volksschulgebäude, Rathaus und Stadtturm. Zentral waren natürlich die beiden letztgenannten Uhren in der Stadtmitte, die jedoch Anfang 1923 mit allerlei Problemen behaftet waren: So drohte die Rathausuhr, die im Jahr 1696 angefertigt und 1717 auf dem Glockenturm des nach dem Stadtbrand wiederaufgebauten Rathauses angebracht worden war, ihren Dienst zu versagen. Das *alte eiserne Werk*, das ja seit über 225 Jahren in Betrieb war, musste *vielfach geflickt* und konnte nur durch *tägl. Kontrolle* einigermaßen in Schuss gehalten werden. Erschwerend kam hinzu, dass die Uhr auf dem Stadtturm *nur ein Zeigerwerk* hatte, *so daß die Stunden vom Hochwächter durch ein Handschlagwerk verkündet werden [mussten] und zwar von morgens 7 bis abends 9 Uhr*. Dabei entstanden *Unterschiede bis zu 8 Minuten zwischen dem Schlagen der verschiedenen Uhren*. Deshalb beschloss der Gemeinderat am 25. Januar 1923, eine *neue Turmuhr mit Viertelschlagwerk und zwei Stundenschlagwerken an Stelle der beiden veralteten Werke* anzuschaffen. Den dazugehörigen Auftrag erhielt die Uhrenfabrik J. J. Perrot in Calw.²⁹

Ende Mai 1923 konnte die neue *Stadtuhr* in Betrieb genommen werden. Dabei kamen dann auch gleich die neuen Glocken auf dem Stadtturm zum Einsatz: *Die Viertelstunden* schlug die neue Turmuhr *mit Doppelschlag auf die 2 kleineren, die Stunden auf die großen Glocken*.

Damit wirkte sich die *Schönheit des seit Kurzem wieder ergänzten Geläutes auch bei der Zeitangabe aus*. Außerdem erhielt das Zifferblatt eine *neue Bemalung, so daß das Ablesen der Zeit auch aus größerer Entfernung ermöglicht wird*. Ein weiterer Nebeneffekt der neuen Uhr war, dass nun das *Vonhandschlagenlassen der Stunden* nicht mehr nötig war.³⁰ Damit fiel eine der Hauptaufgaben des Hochwächters auf dem Stadtturm weg. Deshalb konnte der damalige Hoch-

wächter Hermann Zink (1863 bis 1945) auch zum 1. April 1924 auf eigenen Wunsch in den Ruhestand gehen.³¹ Damit endete nicht nur die historische Institution des Hochwächters in Backnang, die vermutlich seit dem Stadtturmbau von 1614 Bestand gehabt hatte, sondern auch die des Stadtmusikus. Zink hatte nämlich als Turmbläser – zusammen mit weiteren Musikern – an hohen Fest- und Feiertagen vom Stadtturm heruntergespielt. Diese Aufgabe übernahm nun der Leiter der 1919 gegründeten Stadtkapelle Ernst Steiner (1890 bis 1942), der sich verpflichtete, *neben seinen seitherigen Leistungen in der Frühe der Sonn- & Festtage mit mindestens 4 Instrumenten vom Stadtturm zu blasen*.³²

Gedenken an die Gefallenen des Ersten Weltkriegs

Ganz im Gegensatz zu der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, als ein Gedenken an die gefallenen Soldaten aufgrund der unvorstellbaren Verbrechen, die im Namen Deutschlands begangen worden waren, lange Zeit nicht möglich war, gestaltete sich dies nach dem Ersten Weltkrieg völlig anders: Wie bei den Siegermächten sah man auch in Deutschland die gefallenen Soldaten als Helden, derer man öffentlich gedenken wollte. Deshalb gab es auch in Backnang Überlegungen, wie ein solches Kriegerehrenmahl aussehen könnte. Im März 1921 gründeten Backnanger Bürger einen *Ausschuss zur Gewinnung von Entwürfen für ein Kriegerdenkmal*, mit dem der zwischen 1914 und 1918 gefallenen Soldaten von hier gedacht werden sollte.³³ Es setzte sich die Ansicht durch, dass es in der Stadtmitte dafür keinen geeigneten Platz gäbe, weshalb man den Friedhof (heutigen Stadtfriedhof) als Standort auswählte. Außerdem wurden nun wieder die Vorkriegsplanungen für eine neue Leichenhalle aufgegriffen und so sollte der Entwurf nicht nur ein Kriegerdenkmal umfassen, sondern zugleich auch *Aufbewahrungsraum und Versammlungshalle*.³⁴

²⁹ StAB Bac G 001-73, S. 577 bis 580.

³⁰ MB vom 2. Juni 1923.

³¹ StAB Bac G 001-74, S. 78.

³² StAB Bac F 077-10, Bü. 1. Siehe dazu auch: Lisa Nabel: Von der Stadtkapelle zum Blasorchester – Die Geschichte des Städtischen Blasorchesters Backnang. – In: BJB 18, 2010, S. 146 bis 189.

³³ StAB Bac G 001-72, S. 616 und 791 f.

³⁴ Ebd.



Das 1924 in der Grünanlage vor dem Turmschulhaus aufgestellte Kriegerdenkmal für die Gefallenen des Ersten Weltkriegs, nach dem Zweiten Weltkrieg um die Jahreszahlen „1939“ und „1945“ ergänzt.

Am 23. März 1922 stellte der Cannstatter Architekt Wilhelm Schuh im Gemeinderat den vom Ausschuss favorisierten Entwurf vor. Danach sollte an der nordöstlichen Grenze des Friedhofs auf dem höchsten Punkt eine Versamlungs- und Gedächtnishalle (400 Personen fassend) mit vorgelagerten Arkaden errichtet werden, in deren Freihof ein Kriegerdenkmal geplant war. Zur Finanzierung des Projekts schlug Stadtschultheiß Rienhardt unter anderem auch die *Verwertung der jetzigen, seinerzeit zum Teil aus Stiftungsmitteln erstellten, aber heute ganz ungenügenden Friedhofkapelle*, die 1885 nach Plänen des Backnanger Oberamtsbaumeisters Christian Hämmerle (1843 bis 1916) errichtet worden war, vor. Durch die neue Gedächtnishalle werde der Stiftungszweck *viel besser und schöner erfüllt*. Letztlich beschloss der Gemeinderat, die Friedhofkapelle, die als *Kirchlein in einer kleinen Landgemeinde wieder aufgebaut werden könnte*, nach Fertig-

stellung der neuen Anlage *auf den Abbruch* zu verkaufen.³⁵ Zum Glück wurde dieser Beschluss nicht umgesetzt, sodass die grundlegend restaurierte Friedhofkapelle seit 2014 als Erinnerungsstätte für die Backnanger Toten des Zweiten Weltkriegs und der Gewaltherrschaft dient.³⁶

Aufgrund der allgemeinen Teuerung konnte das Projekt Leichenhaus, Gedächtnishalle und Kriegerdenkmal jedoch nicht in der geplanten Form als Einheit ausgeführt werden: Zunächst wurde nur das Leichenhaus fertiggestellt und am 3. April 1923 seiner Bestimmung übergeben.³⁷ Die restlichen Vorhaben konnten erst nach dem Abklingen der Inflation umgesetzt werden: Am 21. September 1924 weihte man das Kriegerdenkmal ein – allerdings nicht, wie ursprünglich geplant, auf dem Stadtfriedhof, sondern als Stiftung des Lederfabrikanten Fritz Schweizer (1873 bis 1927) auf dem Platz vor dem Turmschulhaus.³⁸ Die Eröffnung der Gedächtnishalle auf dem Stadtfriedhof

³⁵ StAB Bac G 001-73, S. 116 bis 126.

³⁶ Vgl. dazu: Förderverein Friedhofkapelle Backnang (Hg.). Friedhofkapelle Backnang. Geschichte, Restaurierung und neue Nutzung. Waiblingen 2015.

³⁷ MB vom 6. April 1923.

³⁸ StAB Bac G 001-73, S. 815 ff.; MB vom 20. und 22. September 1924.

mit den Namen von 323 Backnanger Gefallenen erfolgte schließlich mit mehrjähriger Verspätung am 29. November 1925.³⁹

Finanzielle Lage der Stadt

In der Gemeinderatssitzung vom 13. Januar 1923 stellte Stadtschultheiß Rienhardt den Stand der städtischen Finanzen dar. Dabei zeichnete er ein überraschend positives Bild, was aber vor allem daran lag, dass zu diesem Zeitpunkt nur das Rechnungsergebnis des Jahres 1921 vorlag. Danach überschritten die Einnahmen den Voranschlag um 2,4 Millionen, während die Ausgaben um einige hundert Mark unter den Voranschlagsätzen geblieben sind. Allerdings nahm die Verschuldung der Stadt trotzdem zu: Hatte man im Jahr 1919 noch 430 000 Mark Schulden, kamen 1920/21 weitere 2,7 Mill. hinzu. Auch im Jahr 1922 mußten zu außerordentlichen Aufwendungen und vorübergehend auch zur Befriedigung laufender Bedürfnisse größere Beträge im Wege des Kredits flüssig gemacht werden. Man hoffte, dies durch später eingehende Steuern (Umsatz-, Einkommen-, Katastersteuern) sowie durch Erträge des Gaswerks und andere Einnahmen decken zu können, was letztlich aber ein frommer Wunsch bleiben sollte.⁴⁰

Am 5. Juni 1923 musste der Gemeinderat das Ergebnis des Rechnungsjahres 1922/23 feststellen. Stadtschultheiß Rienhardt bemerkte dazu, dass das zu Ende gegangene Verwaltungsjahr [...] ganz im Zeichen der vernichtenden Geldentwertung, der schwebenden Schulden und des drohenden Verbrauchs der Substanz gestanden habe. Zu den oben genannten rund drei Millionen Mark Altschulden waren im Rechnungsjahr 1922 68 Millionen hinzugekommen – eine Zahl, deren Höhe natürlich der galoppierenden Inflation geschuldet war. Trotzdem blieb Rienhardt optimistisch und begründete dies damit, weil die Finanzen der Stadt verhältnismäßig gut seien und die hiesige

Industrie in Blüte stehe. Die Backnanger Grossindustrie – gemeint waren dabei vor allem die Spinnerei J.F. Adolff, der Fahrzeug- und Motorenhersteller Carl Kaelble und die verschiedenen Lederfabriken – würde allein etwa 85 % der Gemeindeumlage und sogar 91 % der Gewerbesteuer tragen.⁴¹ Von Vorteil war auch, dass der Abschluss des Gaswerks für 1922 als befriedigend eingestuft wurde und der Schlachthof für 1922/23 keinen städtischen Zuschuss benötigte. Sorgen machte jedoch die täglich wachsende Belastung für soziale und Armenfürsorge, die unter tatkräftiger Mithilfe der privaten Wohltätigkeit und Stiftungen aller Art gestemmt werden sollte.⁴²

Interessant war die Diskussion im Gemeinderat über die Höhe der Gemeindeumlage, das heißt die Höhe der Steuern und Abgaben, die die Stadt direkt einziehen konnte. Der Finanzausschuss hatte einen Satz von etwa 500 % vorgeschlagen, was für Gemeinderat Wilhelm Erlenbusch von der SPD zu wenig war. Er schlug eine Erhöhung vor, weil die Umlage die kleinen Geschäftsleute weniger treffe und überwiegend vom Besitz getragen werden müsse. Außerdem sei die Industrie jetzt zur Aufbringung leichter in der Lage als dies später vielleicht der Fall sei. Es ist natürlich nicht verwunderlich, dass dieser Vorschlag, die Industrie stärker zu belasten, vonseiten der SPD kam. Erstaunlicher ist vielmehr, dass auch Gemeinderat und Lederfabrikant Robert Schweizer als Vertreter der Industrie dieses Ansinnen nicht zu beanstanden hatte und das Ganze als durchaus erträgliche Belastung bezeichnete. Letztlich einigte man sich auf einen Hebesatz von 700 %, was der Stadtverwaltung etwas mehr finanziellen Spielraum verschaffte.⁴³

Allerdings wurden die durchaus überraschenden positiven Einschätzungen zur finanziellen Lage der Stadt relativ schnell wieder von der Wirklichkeit eingeholt, sodass Stadtschultheiß Rienhardt im November 1923 frustriert feststellen musste, dass die ordentlichen Einnahmen

³⁹ MB vom 28. November und 3. Dezember 1925. Nachdem im Mai 1918 die Bronzetafeln mit den Namen der Gefallenen aus den Verankerungen gerissen und gestohlen worden waren, wurden 2019 zwölf neue Tafeln aus Stein gefertigt, auf denen nun auch die zusätzlichen Namen von 54 Gefallenen stehen, die aufgrund neuerer Forschungen ermittelt werden konnten.

⁴⁰ MB vom 25. Januar 1923.

⁴¹ StAB Bac G 001-73, S. 732 f. Zur Backnanger Großindustrie in den 1920er-Jahren siehe: Bernhard Trefz: Die Geschichte der Industrialisierung in Backnang. Die Entwicklung der wichtigsten Branchen von ihren Anfängen bis in die heutige Zeit. – In: BJB 27, 2019, S. 57 bis 113, hier S. 72 ff. und 78 bis 84.

⁴² StAB Bac G 001-73, S. 734.

⁴³ Ebd., S. 735 f.

die Ausgaben seit Monaten nicht mehr decken. Außerdem teilte er mit, dass sich die Stadtkasse in den letzten Wochen (nachdem Bankkredite kaum zu erhalten und zu teuer geworden sind) durch Ausgabe von Notgeld über Wasser gehalten hat.⁴⁴

Ausgabe von Notgeld

Auf dem Höhepunkt der Inflation im Sommer 1923 konnte die Reichsbank mit der dauernden Geldentwertung kaum Schritt halten und kam mit dem Drucken neuer Geldmittel nicht mehr hinterher. Deshalb war auch die Backnanger Stadtverwaltung gezwungen, sich erneut mit dem Thema Notgeld auseinanderzusetzen. Damit wiederholte sich eine Erfahrung, die man in Backnang bereits im Jahr 1918 hatte machen müssen. Allerdings war der Hintergrund damals nicht nur die Inflation, sondern vor allem die für die Münzprägung fehlenden Materialien wie Gold, Silber oder

Kupfer, die nur noch eingeschränkt vorhanden waren oder für andere Zwecke benötigt wurden. Deshalb hatte man auch in Backnang Notgeld in Form von Münzen aus Eisen herstellen müssen.⁴⁵

Am 23. August 1923 meldete die Stadtpflege im Gemeinderat den Bedarf weiterer grosser Mittel an, weil die sich überstürzende Geldentwertung alle Vorausberechnungen über den Haufen geworfen habe. Da der Kreditverein (heutige Volksbank) nur kleine Beträge zur Verfügung stellen konnte und der eingeräumte Kredit der Oberamtssparkasse (der heutigen Kreissparkasse) erschöpft sei, konnte ein Ausweg nur noch dadurch gefunden werden, dass die Stadt Stuttgart auf 2 Monate ein Darlehen von 5 Milliarden Mark zur Verfügung gestellt hat. Damit war zumindest die ebenfalls angedachte Ausgabe städtischen Notgeldes zunächst einmal hinfällig.⁴⁶ Dies sollte sich jedoch nur wenig später ändern, da die Stadtpflege nun die notwendigen Betriebsmittel nicht mehr auf dem Wege des Kredits beschaffen konnte. Deshalb beschloss der



Notgeld der Stadt Backnang vom September 1923.

⁴⁴ Ebd., S. 930.

⁴⁵ Vgl dazu: Bernhard Trefz: Backnang im Ersten Weltkrieg. 5. und letzter Teil: Das Jahr 1918. – In: BJB 26, 2018, S. 75 bis 101, hier S. 77f.

⁴⁶ StAB Bac G 001-73, S. 830f.

Gemeinderat am 13. September 1923 doch die *Ausgabe von Notgeld*. Zunächst wurden *Gutscheine im Gesamtwert von 100 Milliarden Mark* ausgegeben, die bei der Buchdruckerei Stroh hergestellt wurden und auf denen interessanterweise erstmal kein *Termin zur Einlösung* angegeben werden sollte.⁴⁷

Zwei Wochen später waren bereits 117810000000 Mark ausgegeben und es lagen immer noch *unbezahlte Rechnungen über 106 Milliarden Mark* vor, sodass der Gemeinderat am 27. September 1923 beschloss, weitere *Gutscheine im Gesamtwert von 200 Milliarden* auszugeben.⁴⁸ Auch diese Summe reichte bald nicht mehr: Am 4. Oktober teilte die Stadtpflege dem Gemeinderat mit, dass man weiterhin *grosse laufende Ausgaben* habe und man deshalb weitere *Gutscheine* ausgeben müsse, weil ansonsten die *Zahlungsunfähigkeit* drohe. Da man nicht in der Lage war, den genauen Bedarf an Finanzmitteln zu beziffern, ermächtigte der Gemeinderat die Stadtpflege, *vorbehaltlich späterer Genehmigung der Gesamtsumme für den notwendigen Bedarf weitere Gutscheine* auszugeben.⁴⁹ Letztlich wurde bis 1. November 1923 die aberwitzige Summe von 128 Billionen in Form von Gutscheinen ausgegeben. Davon waren immerhin 97 Billionen *wertbeständig, d. h. in Wertpapieren, Getreide, Kohlen, Baumaterialien usw. angelegt*.⁵⁰

Rasant zunehmende Inflation und Geldentwertung

Die Ausführungen zum Notgeld zeigen deutlich, in welcher dramatischen Lage sich auch Backnang im Jahr 1923 befunden hat. Natürlich war die schreckliche Inflation kein spezifisches Backnanger Problem, sondern eines für ganz Deutschland – und es begann auch nicht erst im Jahr 1923, sondern die Ursprünge dafür reichten weiter zurück. Das Deutsche Reich finanzierte nämlich einen Großteil seiner Kosten für den Ersten Welt-

krieg über Kriegsanleihen. Insgesamt wurden zwischen 1914 und 1918 davon neun ausgegeben, die knapp 97 Milliarden Mark einbrachten. Dies deckte ungefähr 60 Prozent der Kriegskosten.⁵¹ Das System der Kriegsfinanzierung auf Pump war jedoch eine Wette auf die Zukunft, da man die entstandene Schuldenlast nach siegreichem Ende des Kriegs auf die besiegten Gegner abwälzen wollte. Dies gelang bekanntermaßen nicht – ganz im Gegenteil: Das Deutsche Reich musste als Verlierer noch horrende Reparationszahlungen an die Siegermächte leisten, was den Schuldenstand noch weiter erhöhte. Das Ganze führte zu einer *Aufblähung der umlaufenden Geldmenge*, die aufgrund der gleichzeitig auftretenden *Güterlücke eine nicht aufzuhaltende Spirale der Preissteigerungen in Gang setzte*. Diese Preissteigerungen trafen die Bevölkerung hart, da auch die *Real- und Nominallohnentwicklung mit dem Tempo der Geldentwertung und dem Preisauftrieb* nicht Schritt halten konnte. Daraus resultierte letztlich die *enttäuschende Erfahrung, daß Geld eine leicht verderbliche Ware darstellte*. Der Verlust der Kaufkraft ist mit dramatisch fast noch untertrieben beschrieben: Demnach entsprach *die Kaufkraft einer Goldmark von 1913/14 im Februar 1920 der von 8,47 Papiermark, im Dezember 1922 von 685,06 Papiermark und im Dezember 1923 am Ende der Hyperinflation von damaligen 1247 Mrd. Papiermark*.⁵²

Fast tägliche Teuerung

Seit Sommer 1922 und vor allem im Verlauf des Jahres 1923 verschärfte sich die Situation auch in Backnang auf geradezu absurde Weise. Die Preise für Grundnahrungsmittel wie Mehl, Brot oder Zucker stiegen fast täglich und erreichten im Herbst 1923 astronomische Summen, die in die Millionen und teilweise sogar in die Milliarden gingen. Beispielhaft für diese Entwicklung soll der Mehlpreis stehen: Zahlte man im Januar 1923

⁴⁷ Ebd., S. 837 f.

⁴⁸ Ebd., S. 856.

⁴⁹ Ebd., S. 869 f.

⁵⁰ Ebd., S. 918.

⁵¹ Hans-Peter Ullmann: Das Deutsche Kaiserreich 1871–1918, Frankfurt am Main 1995 (= Moderne Deutsche Geschichte 7), S. 243.

⁵² Willi A. Boelcke: Sozialgeschichte Baden-Württembergs 1800–1989. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft. Stuttgart, Berlin, Köln 1989 (= Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs 16), S. 365.

schon unglaubliche 56 100 M. *pro 100 Kilo ab Mühle einschl. Sack*, stieg dieser Preis bis Mitte Oktober auf groteske 19 000 000 000 M. an.⁵³ Erschwerend zur Preissteigerung, die ja fast alle Lebensbereiche betraf, kam noch hinzu, dass die Teuerung in Backnang offensichtlich besonders schlimm war: Im Vergleich mit den 30 anderen württembergischen Gemeinden zwischen 5 000 und 10 000 Einwohnern waren *nacheinander am teuersten Laupheim, Backnang und Weingarten*.⁵⁴

Auch die dauernde Erhöhung des Zeitungsprieses war ein deutliches Zeichen für die zunehmende Teuerung: Zu Beginn des Jahres 1923 betrug der Bezugspreis des *täglich werktags* erscheinenden Murrthal-Boten monatlich 600 Mark.⁵⁵ Verglichen mit dem Preis von vier Mark zu Beginn des Jahres 1921⁵⁶ war dies schon eine erhebliche Verteuerung in gerade mal zwei Jahren. Es sollte aber noch viel schlimmer kommen: Mit Beginn des Monats Juli 1923 musste der Preis auf 10 000 Mark monatlich erhöht werden. Als Hauptgrund gaben die Zeitungsverleger an, *daß die Papierfabrikanten für einen Wagen Druckpapier, der in der ersten Junihälfte noch rund 25 Millionen M. kostete, ab 1. Juli 74 Millionen, also im Abstand von 2 Wochen 200 Prozent mehr verlangen*. Damit hatte man das 35 000fache des Vorkriegspreises erreicht. Weitere Faktoren, die den Zeitungspreis nach oben trieben, waren neben den allgemein gestiegenen Löhnen und Gehältern die *Vervielfachung der Fernspreckgebühren, Telegrammkosten, Porti, Frachtsätze und Eisenbahnfahrpreise*.⁵⁷ Rund sechs Wochen später war nicht nur der Preis weiter gestiegen, nun wurden die Bezugsgebühren *im direkten Verkehr wöchentlich* eingezogen – bei einem Preis von 150 000 Mark. Vorsorglich bat die Zeitung darum, *unserem Einzugspersonal die äußerst schwierige Tätigkeit durch Bereithaltung des genannten Betrages zu erleichtern*.⁵⁸ Auf dem Höhepunkt der Inflation kostete die Zeitung dann unglaubliche 160 Milliarden Mark wöchentlich.⁵⁹

Man kann sich gut vorstellen, dass diese absurde Teuerung die Zahl der Leser nicht gerade erhöhte, sondern sich viele überlegen mussten, ob sie sich den Bezug der Zeitung überhaupt noch leisten konnten. Deshalb beantragte Wilhelm Erlenbusch (SPD) am 23. August 1923 im Gemeinderat, *an geeigneten Stellen in der Stadt Anschlagkästen anbringen zu lassen, mittels welcher die amtlichen Bekanntmachungen neben der Veröffentlichung in der Zeitung zur Kenntnis der Einwohnerschaft gebracht werden sollen*. Dadurch sollte verhindert werden, dass diese *nicht beachtet* würden, *was dem Publikum Schaden und den Behörden unnötige Mehrarbeit bringe*.⁶⁰ Die Verwaltung sagte eine Prüfung des Antrags zu und wollte die Sache dann dem Gemeinderat erneut vorlegen – dazu kam es allerdings nicht, was vermutlich auch daran lag, dass sich die Situation mit Einführung der Rentenmark im November 1923 wieder deutlich verbesserte.

Zuvor kam es jedoch zu einer Maßnahme, die den Deutschen schon seit dem Ersten Weltkrieg bekannt war und die es auch während und nach dem Zweiten Weltkrieg wieder geben sollte: zur Ausgabe von Grundnahrungsmitteln wie Brot, Mehl oder Zucker per Lebensmittelkarte.⁶¹ Dadurch wollte man den allgemeinen Mangel an bestimmten Gütern besser steuern und beispielsweise die Verteilung der knapp und immer teurer werdenden Lebensmittel kontrollieren. Allerdings konnte auch eine staatliche Festlegung von Höchstpreisen nicht verhindern, dass manche Zeitgenossen versuchten, die Situation auszunutzen: So wurde der Backnanger Bäcker und Kolonialwarenhändler Paul Helmle (1878 bis 1933) *wegen eines Vergehens des vorsätzlichen Preiswuchers an Stelle der verwirkten Gefängnisstrafe von einer Woche zu der Geldstrafe von hundert Millionen Mark und der weiteren Geldstrafe von hundert Millionen Mark [...] verurteilt*. Außerdem wurde *der erzielte übermäßige Gewinn in Höhe von zehn Millionen Mark und der Erlös aus den beschlag-*

⁵³ MB vom 3. Januar und 17. Oktober 1923.

⁵⁴ MB vom 20. Februar 1923.

⁵⁵ MB vom 2. Januar 1923.

⁵⁶ MB vom 2. Januar 1921.

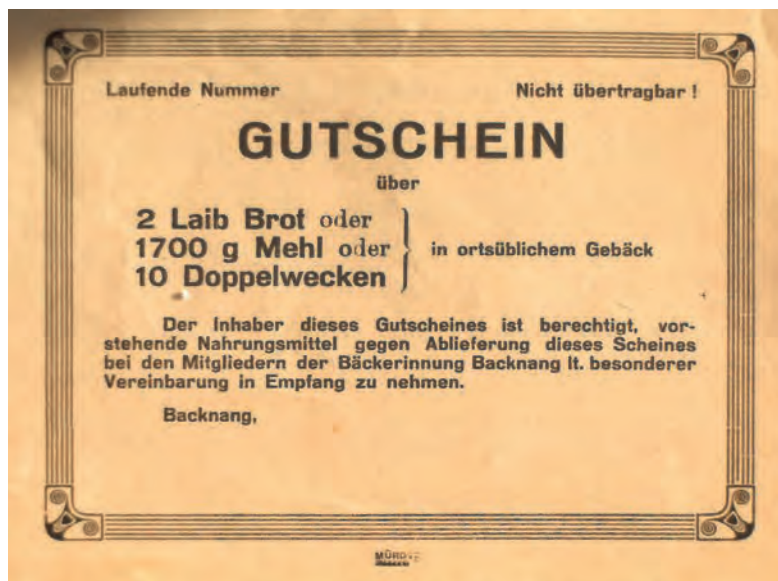
⁵⁷ MB vom 30. Juni 1923.

⁵⁸ MB vom 14. August 1923.

⁵⁹ MB vom 15. November 1923. Vgl. dazu auch: Armin Fechter: Als das Geld nichts mehr wert war. – In: BKZ vom 7. Januar 2023.

⁶⁰ StAB Bac G 001-73, S. 833 f.

⁶¹ MB vom 13. Februar und 3. August 1923.



Zeitweise gab es 1923 bestimmte Nahrungsmittel nur über eine Lebensmittelkarte.

nahmen 2 Pfund Butter eingezogen.⁶² Obwohl die hier genannten Summen zum damaligen Zeitpunkt (September/Okttober 1923) keinen besonders hohen Wert darstellten, zeigt die Verfolgung solcher fast schon als Bagatelle zu bezeichnenden Fälle, dass der Staat verzweifelt versuchte, den Preiswucher bereits im Keim zu ersticken.

Maßnahmen gegen die Not in der Bevölkerung

Vor allem die ärmeren Bevölkerungskreise, deren Anzahl im Verlauf des Jahres 1923 immer mehr anstieg, litten unter den Folgen der Teuerung. So mahnte der Murrthal-Bote Ende August: *Die Notrufe für bedrängte Volksgenossen mehren sich.* Zwar bestand in Backnang zu der Zeit ein *Armenverein*, der sich um die Bedürftigsten kümmerte. Dessen finanzielle Mittel neigten sich jedoch schnell dem Ende zu, sodass man am 2. September ein *Kirchenopfer* veranstaltete, *um die nötigen Mittel für unsere Bedürftigsten, die keine*

*Rente haben, für die kommenden Monate aufzubringen.*⁶³ Was die Sammlung letztlich erbrachte, ist leider nicht bekannt. Es zeigt aber, dass man in vielen Fällen auf die Hilfsbereitschaft von Privatpersonen angewiesen war, um zumindest die größte Not in der Bevölkerung zu lindern. Interessant ist dabei, dass auch ehemalige Backnanger Bürgerinnen und Bürger, die nun in den USA lebten, zu den Spendern für *allgemeine Armenzwecke* gehörten. Solche Spenden wurden auch für die *Kinder- und Suppenspeisung* sowie die *Altenspeisung* eingesetzt.⁶⁴ Die Ausgabe von Suppen fand im *neuen Schulhaus* (heutige Schillerschule) statt und Anfang des Jahres 1923 wurden täglich 55 Portionen verteilt.⁶⁵

Auch die Speisung von Kindern lief schon im Winter 1922/23 an, als man 215 *unterernährte Kinder der hies. Schulen* mit Essen versorgte. Dieses bestand aus einem *Kakao-Frühstück mit Brötchen* und an einem *Wochentag* zusätzlich einem *Brei*. Im Sommer 1923 wurden dann 220 Kinder auf diese Weise versorgt.⁶⁶ Dass die Notwendigkeit der Versorgung von Kindern nicht nur im

⁶² MB vom 9. Oktober 1923.

⁶³ MB vom 31. August 1923.

⁶⁴ StAB Bac G 001-73, S. 568f.

⁶⁵ MB vom 12. Januar 1923.

⁶⁶ MB vom 19. September 1923.



Im neuen Schulhaus (rechts) wurden Suppen für Kinder und ältere Mitbürger ausgegeben.

Krisenjahr 1923 von großer Bedeutung war, zeigt die Tatsache, dass diese Einrichtung auch im Winter 1922/23 weitergeführt wurde – allerdings mit beschränkter Teilnehmerzahl von 120 Kindern. Ein Indiz dafür, dass sich zu der Zeit die Situation schon wieder gebessert hatte, war auch die Finanzierung: Nun musste nicht mehr die Stadt allein die Kosten tragen, sondern sie wurden zu 5/6 vom Reich übernommen.⁶⁷

Neben den bisher genannten Maßnahmen zur Armutsbekämpfung gab es natürlich auch noch die klassischen staatlichen Hilfen wie *Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung*. Diese wurden zwar während des Krisenjahres 1923 erst monatlich und später fast wöchentlich angehoben, die ausgegebenen Beträge reichten jedoch in keinsten Weise aus, um einigermaßen über die Runden zu kommen. Erstaunlich ist die geringe Anzahl derjenigen, die überhaupt um eine solche Unterstützung nachfragten: So waren den ganzen Sommer 1922 und auch noch im Januar

1923 gar keine *Unterstützungsempfänger* vorhanden. Als im Februar 1923 dann 18 Personen um *Erwerbslosenunterstützung* nachfragten, gab es eine Diskussion im Gemeinderat, ob es nicht besser sei, die *Erwerbslosen zu beschäftigen, statt sie zu unterstützen*. Man beschloss schließlich den Ausbau der Blumenstraße als *Notstandsarbeit vorzusehen* und beim *Arbeitsministerium um Kostenzuschüsse aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge nachzusuchen*.⁶⁸

Allerdings ließ die Zusage einer staatlichen Förderung auf sich warten, sodass die Stadt 12 *Notstandsarbeiter ohne Reichs- und Staatszuschüsse* beschäftigte. Nachdem im Oktober 1923 weitere 30 *Erwerbslose* vorhanden waren, stellte sich die Frage, wie man mit ihnen verfahren sollte. Eine Anstellung für *Notstandsarbeiten* ohne Zuschüsse kam für die Stadt aus finanziellen Gründen nicht infrage, auch wenn Teile des Gemeinderats dies vehement forderten. Immerhin versprach die Verwaltung, die finanzielle

⁶⁷ StAB Bac G 001-73, S. 940.

⁶⁸ Ebd., S. 617f.

Amtliche Bekanntmachungen.

Oberamt Badnang.

Erwerbslosenunterstützung.

An Stelle der bisherigen Sätze (Murraltbote Nr. 206 vom 5. Septbr. 1923) gelten mit Wirkung vom 5. Septbr. ab folgende:

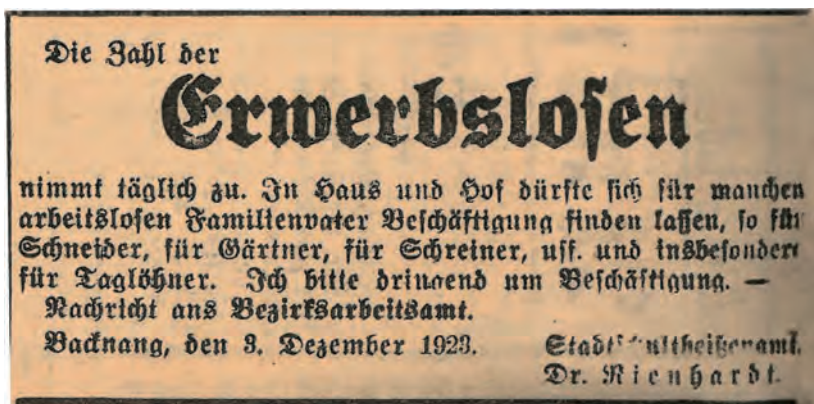
	a) In der Stadt Badnang	b) in allen übrigen Gemeinden des Bezirks
1. für männliche Personen		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	2150000	2000000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	1750000	1610000
c) unter 21 Jahren	1220000	1100000
2. für weibliche Personen		
a) über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines andern leben	1750000	1610000
b) über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines andern leben	1420000	1300000
c) unter 21 Jahren	980000	910000
3. die Familienzuschläge für		
a) den Ehegatten	700000	620000
b) die Kinder u. sonst unterstützungsberechtigte Angehörige	570000	500000

Vorstehende Sätze gelten auch für Kurzarbeiter; bei Berechnung der Kurzarbeiterunterstützung ist der $1\frac{1}{2}$ -fache Betrag dieser Sätze zu Grunde zu legen. Als Kurzarbeiterunterstützung darf keinesfalls mehr bezahlt werden, als der Betrag, der zusammen mit dem verbleibenden Verdienst des Kurzarbeiters dessen Reinverdienst bei voller Beschäftigung, also seinen Verdienst, nach Abzug der Einkommensteuer und sozialen Abzüge, erreicht.

Den 11. September 1923.

Amtmann: Dr. Pfizer.

Amtliche Festsetzung der Sätze für die „Erwerbslosenunterstützung“ (MB vom 13. September 1923).



Aufruf von
Stadtschultheiß
Rienhardt zur
Beschäftigung von
„Erwerbslosen“
(MB vom
4. Dezember 1923).

Förderung sofort zu beantragen.⁶⁹ Mitte November gab es immer noch keine finanzielle Zusagen, während die Zahl der *Erwerbslosen* inzwischen auf 73 angestiegen war. Die Vertreter der Linken im Gemeinderat, Eugen Krieger (1890 bis 1958) und Ludwig Wehn (1883 bis 1965) von der KPD sowie Wilhelm Erlenbusch von der SPD forderten die Stadtverwaltung erneut auf, die Arbeitslosen unbedingt zu Notstandsarbeiten heranzuziehen und die Kosten dafür zu tragen. Stadtpfleger Karl Friederich (1862 bis 1932) entgegnete lapidar: *Die Stadt sei am Ende ihrer Mittel angelangt.*⁷⁰

Trotzdem waren vier Wochen später neben den schon länger bei der Stadt beschäftigten 30 Mann [...] weitere 37 *Erwerbslose* zu Notstandsarbeiten eingestellt. Zu diesem Zeitpunkt blieben noch 31 *Erwerbslose* übrig, darunter sechs Frauen. Während man letztere zu *Reinigungsarbeiten* in den beiden Schulhäusern einsetzte, wurden 16 der männlichen *Arbeitslosen* je drei Tage wöchentlich und die übrigen neun Mann vollends als *Notstandsarbeiter* eingestellt – mit der Massgabe des 14 täglichen gegenseitigen Austausches.⁷¹ Allerdings drohte eine weitere Zunahme der Arbeitslosenzahl, sodass Stadtschultheiß Rienhardt fast schon verzweifelt per Anzeige im Murrthal-Boten die Bevölkerung aufrief, in *Haus und Hof* nach Arbeit zu suchen, die *Erwerbslose* in *Beschäftigung* bringen würde.⁷²

Schwierigkeiten im Gesundheitsbereich

Ein weiteres deutliches Zeichen für die vorherrschende Notsituation war auch die Zunahme von Abtreibungen. Bei den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen musste man es sich gut überlegen, ob man ein weiteres Kind in die Welt setzen wollte oder wie man sich bei einer ungewollten Schwangerschaft verhalten sollte. 1923 galt immer noch der Paragraph 218 aus dem *Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich* von 1871: Demnach wurde eine *Schwangere, welche ihre Frucht vorsätzlich abtreibt oder im Mutterleibe tötet [...] mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.*⁷³ Mitte März 1923 kam es in Backnang zu einer Reihe von Verhaftungen und es wurde ein Verfahren wegen *Abtreibung* in mindestens 10 Fällen eingeleitet. Offensichtlich hatte eine Frau bei mehreren ganz jungen Mädchen Abtreibungen vorgenommen und sie dabei in *gesundheitlicher Beziehung schwer geschädigt*. Sowohl die Mädchen als auch die Frau sahen einer Bestrafung entgegen, wobei Letzterer sogar eine Zuchthausstrafe *bis zu zehn Jahren* drohte.⁷⁴

Seit dem Ersten Weltkrieg nahm auch in den Kleinstädten und auf dem Lande die Verbreitung von Geschlechtskrankheiten immer mehr zu. Deshalb war Aufklärung in diesem Bereich vonnöten, die unter anderem mit einem von der Ufa

⁶⁹ Ebd., S. 898 ff.

⁷⁰ Ebd., S. 922 bis 927.

⁷¹ Ebd., S. 969 f.

⁷² MB vom 4. Dezember 1923.

⁷³ RGBl. 1871, S. 167.

⁷⁴ Ebd.; MB vom 20. März 1923.

im Benehmen mit der deutschen Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten gedrehten Film erfolgte. Dieser wurde am 22. und 23. Mai auch im Lichtspielhaus Backnang gezeigt. In der Vorankündigung wurde schon mal vorsorglich festgestellt, dass der Film *sittenrein gehalten und dabei in eine eindrucksvolle und spannende Form gekleidet* sei.⁷⁵ Außerdem gab es zusätzlich zu den Filmvorführungen jeweils einen *fachärztlichen Vortrag*.⁷⁶ Das auch die Stadt dieses Vorhaben unterstützte, zeigte sich nicht zuletzt daran, dass dem Lichtspielhaus für diese beiden Vorführungen die eigentlich anfallende *Vergnügungssteuer* erlassen wurde.⁷⁷

Drastische Zunahme von Diebstählen

Ein weiteres Delikt, das in Notzeiten nicht ausbleiben konnte, war die deutliche Zunahme von Diebstahlsfällen. Dabei reichte die Bandbreite der Vergehen vom einfachen *Feld- und Gartendiebstahl*⁷⁸ bis hin zur Entwendung von Geld. So gab beispielsweise ein Backnanger Schuhmacher einem seiner Arbeiter *eine Summe von 1 ½ Millionen Mark in bar und Schecks* in die Hand, um sie in einer Lederfabrik abzuliefern. Der junge Mann zog es jedoch vor, zusammen mit zwei Komplizen *das Weite zu suchen*. Die Schecks wurden zwar sofort gesperrt, mit dem Bargeld seien, so die Meinung im Murrthal-Boten, die drei Diebe jedoch in der Lage, *sich längere Zeit herumtreiben zu können*.⁷⁹

Offensichtlich wurde auch vermehrt in Schulen eingebrochen, sodass die *Ministerialabteilung für die höheren Schulen die Anschaffung von Wachhunden* anregte – zur *Sicherung der wertvollen Apparate, Sammlungen und Bücher*. In Backnang hatte wohl der Hausmeister der Realschule, die damals noch im Bandhaus (heutiger Petrus-Jacobi-Weg 7) untergebracht war, einen Hund, den man

für diesen Zweck hätte einsetzen können. Allerdings verlangte die Realschule dafür die Befreiung von der Hundeabgabe. Der Gemeinderat lehnte dies jedoch ab und sprach sich eindeutig dafür aus, *das Hundehalten in Schulhäusern ganz zu verbieten*. Als Hauptargumente wurden folgende vorgebracht: *Entweder seien Belästigungen der Schüler zu befürchten oder anzunehmen, dass ein kinderfrommer Hund als Wächter nichts taue*.⁸⁰

Nicht verwundern kann auch, dass in Backnang vor allem Lederdiebstähle an der Tagesordnung waren, sodass die Vertreter dieser „Branche“ sogar *als längst bekannte Zunft der Lederdiebe* bezeichnet wurden.⁸¹ Allerdings fasste man die Diebe zumeist recht schnell und konnte das entwendete Leder den Bestohlenen unversehrt zurückgeben.⁸²

Probleme der Lederindustrie

Die Backnanger Lederindustrie hatte im Verlauf des Jahres 1923 nicht nur mit dem Problem der zunehmenden Anzahl der Diebstähle zu kämpfen, sondern auch mit den enormen Preissteigerungen bei den Rohstoffen und den oftmals eingesetzten Chemikalien.⁸³ Außerdem nutzten die kampferprobten Arbeiter, die sich in einem *Lederarbeiter-Verband*⁸⁴ zusammengeschlossen hatten, die ganz allgemein von zahlreichen Streiks geprägte Situation, um auch in Backnang ihren Forderungen (vor allem nach höheren Löhnen) Nachdruck zu verleihen. Leider erfährt man im Murrthal-Boten nur sehr wenig über die genauen Umstände und Dauer der Arbeitskämpfe. Fest steht, dass am 14., 15. und 16. August auf der Bleichwiese *Demonstrationsversammlungen mit Ansprachen* stattfanden und die *Arbeiterchaft wiederholt* durch die Stadt zog.⁸⁵ Auch in der Spinnerei Adolff gab es im August einen Streik, der insgesamt eine Woche andauerte.⁸⁶

⁷⁵ MB vom 16. Mai 1923.

⁷⁶ MB vom 18. Mai 1923.

⁷⁷ StAB Bac G 001-73, S. 715.

⁷⁸ MB vom 9. August und 5. September 1923.

⁷⁹ MB vom 24. Februar 1923.

⁸⁰ StAB Bac G 001-73, S. 653 ff.

⁸¹ MB vom 8. Februar 1923.

⁸² MB vom 3. Juli, 22. September und 15. Oktober 1923.

⁸³ MB vom 1. Mai 1923.

⁸⁴ MB vom 21. April 1923.

⁸⁵ MB vom 15. und 16. August 1923.

⁸⁶ MB vom 31. August 1923.



Gerbereien und Lederfabriken wie die hier zu sehenden Lederwerke Backnang nutzten das Wasser der Murr nicht nur für die Produktion, sondern entsorgten darin auch einen Teil ihrer Abwässer.

Ein weiteres Problem, mit dem sich die Lederindustrie in Backnang auseinandersetzen musste, war die Klärung der bei der Produktion anfallenden Abwässer – eine Thematik, die schon länger schwelte. Mitte Juli 1921 war bei Burgstall und Kirchberg an der Murr ein Fischsterben aufgetreten, das nach Untersuchungen des *Fischereisachverständigen für den Neckarkreis* eindeutig dem *übermässigen Gehalt der Murr an Schwefelwasserstoff* zuzuschreiben war – einem besonderen Kennzeichen der *Gerbereiabwässer*.⁸⁷ Da es oberhalb von Burgstall keine Gerbereien gab, kamen nur die in Backnang ansässigen Lederbetriebe als Verursacher der Verschmutzung infrage. Ein Unrechtsbewusstsein war in dieser Branche jedoch nicht besonders ausgeprägt, wie Ausführungen von Lederfabrikant Robert Schweizer im Gemeinderat vom 7. Oktober 1921 zeigen: *Im übrigen sei es eben mit einer grösseren Lederindustrie am Platz nicht zu verein-*

*baren, dass die Murr ein schönes, klares Wasser mit sich führe. Gesundheitsschädlich seien ja die Abwasser nicht, bei normalem Wasserstand auch nicht für die Fische.*⁸⁸

Allerdings wurden die Auflagen der Behörden für die Lederindustrie immer strenger und man verlangte, dass sie ausreichend große Kläranlagen errichten sollte. Seitens der Stadt wollte man jedoch keinen *Druck auf die Industrie* ausüben und unterstützte regelmäßig deren vorgebrachten Gründe, warum keine Kläranlagen eingerichtet werden konnten.⁸⁹ Immerhin waren zumindest einige der Lederfabriken bereit, in neue und vor allem ausreichend dimensionierte Kläranlagen zu investieren oder bereits bestehende Anlagen zu erweitern.⁹⁰ Der Druck seitens der Behörden führte letztlich dazu, das in den 1930er-Jahren die Kläranlage Neuschöntal errichtet wurde, die sowohl die kommunalen Abwässer als auch die der Lederindustrie aufnahm.⁹¹

⁸⁷ StAB Bac G 001-72, S. 833 f.

⁸⁸ Ebd., S. 1021.

⁸⁹ Ebd., S. 1065; StAB Bac G 001-73, S. 588 und 714.

⁹⁰ Ebd., S. 782, 841 und 893 f.

⁹¹ Vgl. dazu: Jürgen Oehl: Die Geschichte der Abwasserbehandlung in Backnang. – In: BJB 6, 1998, S. 13 bis 26.

Sammlung für die Schwäbische Ruhrhilfe

Auf die Ruhrbesetzung und ihre katastrophalen wirtschaftlichen Auswirkungen wurde zu Beginn des Beitrags schon kurz eingegangen. Das Ganze löste jedoch auch eine Solidaritätswelle mit der Bevölkerung im Ruhrgebiet aus: Im Rahmen der Schwäbischen Ruhrhilfe wurde vom Stadtschultheißenamt eine *Sammlung für die Bedrängten im Ruhrgebiet* durchgeführt, die durchaus namhafte Geldbeträge von Backnanger Unternehmen und Privatpersonen einbrachte.⁹² Allerdings stieß die Aktion offensichtlich nicht bei allen auf uneingeschränkte Zustimmung: In einem anonymen Leserbrief im Murrthal-Boten vom 20. Februar 1923 wurde Kritik geäußert, dass Rudolf Weiss (1893 bis 1962), der *Sprecher der Backnanger Gewerkschaften*, eine *rücksichtslose Boykottforderung gegen das Hilfswerk zu Gunsten der eigenen Gewerkschaftsgenossen an der Ruhr* ausgesprochen hätte.⁹³ Die Replik des Kritisierten ließ erwartungsgemäß nicht lange auf sich warten: Weiss erklärte, dass in *vielen Orten Württembergs* die Sammlung zur Schwäbischen Ruhrhilfe *abgelehnt* werde. Die Backnanger Gewerkschaften hielten es für *notwendiger, eine Sammlung zu Gunsten für Erholung unterernährter Arbeiterkinder, arbeitsunfähiger Arbeiter und Witwen zu veranstalten*, wofür man *schon 300 000 M. gesammelt* habe. Auf weitere *gemeine Anrempelungen* werde man im Übrigen künftig nur noch *mit dem Kernspruch des Götz von Berlichingen* antworten.⁹⁴

Auch später tauchten immer wieder Gerüchte auf, dass die gespendeten Mittel für die Ruhrhilfe *nur gewissen Bevölkerungsschichten zugute kämen, die eigentlich gar keine Not leiden* und die *wirklich Notleidenden* würden *leer* ausgehen. Diese Gerüchte würden, so der Kommentar im Murrthal-Boten, *den Stempel der Lüge auf der Stirne tragen*. Vielmehr läge die Verteilung der Mittel *in Berlin wie im Ruhrgebiet in den Händen von Ausschüssen, die so zusammengesetzt sind, daß*

*eine einseitige Bevorzugung irgend einer Bevölkerungsschicht oder eines Berufstandes ausgeschlossen ist.*⁹⁵ In Backnang ließ man sich trotz dieser Gerüchte und der Kritik von Gewerkschaftsseite nicht davon abbringen, weiterhin Geld für die Schwäbische Ruhrhilfe zu sammeln. So brachte etwa ein *Volkstümlicher Abend* im Seminar am 13. Mai 1923 die Summe von *rund 200 000 M. ein.*⁹⁶

Aufnahme von Kindern aus dem Ruhr- und Rheingebiet

Eine Besonderheit der Ruhrhilfe war die Aufnahme von Kindern aus dem besetzten Gebiet, die in unserer Gegend vom Oberamt Backnang organisiert wurde. Insgesamt sollten etwa *5 000 Kinder, hauptsächlich aus Westfalen, unentgeltlich bei württembergischen Familien in Stadt und Land untergebracht werden*. Davon sollten 250 auf den Bezirk Backnang entfallen. Es wurde ausdrücklich festgestellt, dass nur solche Kinder infrage kämen, *die sich nach ihrem Gesundheitszustand hierzu eignen*. Auch mussten sie mit *Kleidern und Schuhen ordnungsgemäß ausgerüstet* sein.⁹⁷ Rund zehn Tage nach dem öffentlichen Aufruf zur Aufnahme dieser Kinder, waren bereits 150 Zusagen bei den entsprechenden Ämtern des Oberamts eingegangen. Um auch die restlichen 100 Kinder noch unterzubringen, konkretisierten die Behörden noch die Angaben, um was für Kinder es sich handelte: *vorwiegend Knaben und voraussichtlich durchweg schulpflichtige Kinder*. Nicht überraschend gehörten sie *zum größeren Teil wohl der katholischen Konfession* an. Eventuell anfallende Ausgaben, beispielsweise für zusätzliche Kleidung oder etwaige Arztbesuche, sollten von den Ämtern ersetzt werden. Dafür erbat man sich von der Bevölkerung *Geld und Naturalleistungen*.⁹⁸ Keine drei Wochen später konnte das Oberamt verkünden, dass nun *über 240 Pflegestellen für Ruhrkinder* zur Verfügung stehen würden.⁹⁹

⁹² MB vom 6. Februar 1923.

⁹³ MB vom 20. Februar 1923.

⁹⁴ MB vom 22. Februar 1923.

⁹⁵ MB vom 23. April 1923.

⁹⁶ MB vom 16. Mai 1923.

⁹⁷ MB vom 16. April 1923.

⁹⁸ MB vom 25. April 1923.

⁹⁹ MB vom 14. Mai 1923.

Am 18. Juni 1923 trafen die Kinder schließlich im Bezirk ein und wurden *zunächst einige Tage in Wilhelmsheim* (damals Lungenheilstätte der Landesversicherungsanstalt Württemberg) untergebracht, ehe sie dann auf die einzelnen Gemeinden beziehungsweise Familien verteilt wurden.¹⁰⁰ Die Kinder stammten aus der Stadt Buer (heutiger Stadtteil von Gelsenkirchen), wo es während der Ruhrbesetzung wohl zu besonders schlimmen Vorfällen zwischen der Bevölkerung und den Besatzungstruppen kam.¹⁰¹ Die Zugfahrt der Kinder ins Schwabenland gestaltete sich als nicht gerade einfach: Zunächst gab es Schwierigkeiten bei der Abfahrt, da die Belgier *zweimal die Maschine des Zuges beschlagnahmten* und dann nur eine ganz unzureichende Maschine zur Verfügung stellten. Außerdem bestand unterwegs *keine Möglichkeit der Verpflegung, so daß die Kinder und ihre Begleiter 24 Stunden nur von ihrem mitgenommenen Proviant leben mußten*. Letztlich kamen *139 Knaben und 84 Mädchen* im Bezirk Backnang an.¹⁰²

Diese Kinder waren nicht nur von den Ereignissen in ihrer ursprünglichen Heimat traumatisiert, sondern kamen – entgegen der Versprechungen – auch *ganz unzureichend bekleidet* an. Deshalb musste die *Kinderhilfe für den Bezirk Backnang* die Bevölkerung darum bitten, *neben Geld noch angetragene Kleider und Schuhe* zu spenden.¹⁰³ Ein weiteres finanzielles Zugeständnis an die Familien, die Ruhrkinder aufnahmen, war ein *Anspruch auf Ermäßigung des Steuerabzugs*.¹⁰⁴ Am 28. September 1923 erfolgte der Rücktransport der Ruhrkinder in ihre Heimat. Dafür mussten sie mit einem Sonderzug von Backnang nach

Crailsheim fahren, wo sie dann in einen Zug nach Buer umstiegen. Da die Fahrt bis in den nächsten Tag hinein dauerte, mussten die Kinder *mit ausreichenden Lebensmitteln* ausgestattet werden.¹⁰⁵

Insgesamt scheint das Ganze ein großer Erfolg gewesen zu sein und die Dankbarkeit in der Stadt Buer war entsprechend groß: Nach Rückkehr der Kinder bedankte sich der dortige Magistrat ausdrücklich für deren herzliche Aufnahme und führte aus, *wie großartig sie sich während ihres Aufenthaltes erholt* hätten. Nicht nur von den Eltern, sondern auch von der Schule in Buer wurde bestätigt, *wie gesund und frisch sie alle wiedergekommen sind*. Es sei sogar ein *recht freundschaftliches Verhältnis zwischen den Kindern und den Pflegeeltern* entstanden und bei den Kindern gäbe es *den dringenden Wunsch, bald wieder zu den Pflegeeltern fahren zu dürfen*.¹⁰⁶

Unterbringung weiterer Flüchtlinge

Aber nicht nur Kinder aus dem besetzten Ruhrgebiet fanden im Bezirk Backnang eine vorübergehende Heimat, sondern auch ganze Familien, die von den französischen Besatzern einfach vertrieben wurden. Im Sommer 1923 musste Württemberg *400 vertriebene Familien mit etwa 2 000 Köpfen* unterbringen, die auf die Gemeinden verteilt wurden. Backnang war zur Aufnahme von zwei Familien verpflichtet, die Mitte Juli 1923 eintrafen. Der Gemeinderat anerkannte zwar grundsätzlich *die selbstverständliche moralische Verpflichtung gegenüber den Ausgewiesenen*, war jedoch gleichzeitig der Meinung, dass sie *in erster*

Willst Du dem Ruhrgebiet helfen? Dann gib
Spenden nehmen die Oberamtspflege, das Stadtschultheißenamt

¹⁰⁰ MB vom 18. Juni 1923. Zur Lungenheilstätte Wilhelmsheim siehe: Karl Julius Zehender: Heimatbuch Oppenweiler. Oppenweiler 1992, S. 849 bis 855.

¹⁰¹ Vgl. dazu: Gerhard Fritz: Murrhardt im Krisenjahr 1923. – In: einst + jetzt. Heimatkundliche Blätter der Murrhardt Zeitung, S. 101 bis 107, hier S. 103.

¹⁰² MB vom 19. Juni 1923.

¹⁰³ MB vom 24. Juli 1923.

¹⁰⁴ MB vom 26. Juli 1923.

¹⁰⁵ MB vom 24. September 1923.

¹⁰⁶ MB vom 31. Oktober 1923.

*Linie [...] auf dem Lande unterkommen sollten – und dann auch in freiwillig zur Verfügung gestellten Privatwohnungen und nicht in Wirtschaften.*¹⁰⁷ Am 24. Juli 1923 trafen die beiden Familien in Backnang ein und wurden von *Vertretern der Stadtverwaltung, der Kirchen und der Bahnverwaltung* begrüßt. Letztere war mit dabei, weil die beiden männlichen Oberhäupter der Familien, die aus Heidesheim bei Mainz stammten, bei der Eisenbahn beschäftigt waren. Sie konnten letztlich in der Stadt privat untergebracht werden und verdienten, so der Kommentar im Murrthal-Boten, *bei ihrem schweren Los den Dank des Vaterlandes* und es sei deshalb die *Pflicht jedes Einzelnen, ihnen den Aufenthalt bei uns freundlich zu gestalten.*¹⁰⁸

Politische Unruhen in Backnang

Neben den Folgen der Inflation heizten die politischen Unruhen von linker und rechter Seite in Bayern, Sachsen und Thüringen auch die Krisenstimmung in Backnang an: Als am 20. Oktober 1923 auf Befehl des Wehrkreiskommandeurs zwei *Führer der Linken* verhaftet wurden, kam es vor dem Rathaus, *wo der Kraftwagen mit der Reichswehr und den Verhafteten zur Abfahrt bereit stand, zu Ansammlungen, die anwuchsen, als die Belegschaften aus den Fabriken kamen.* Die überwiegend kommunistisch eingestellte Arbeiterschaft Backnangs versuchte, den Abtransport der Verhafteten zu verhindern. Die ganze Situation drohte endgültig zu eskalieren, als der Führer der Backnanger Einwohnerwehr, einer erst kurz

zuvor aufgrund der vorherrschenden Unsicherheit eingerichteten *Organisation eines bürgerlichen Selbstschutzes*¹⁰⁹, der am Seminar lehrende Studienrat und Vorsitzende der Württembergischen Bürgerpartei in Backnang, Reinhold Sautter, von einigen Arbeitern ergriffen und als angeblicher Urheber der Verhaftungen verprügelt wurde. Erst als er (wegen Waffenbesitz) ebenfalls verhaftet und mit den beiden anderen Inhaftierten nach Stuttgart abtransportiert wurde, entspannte sich die Lage etwas.¹¹⁰ Zur Beruhigung der ganzen Situation trug sicherlich auch bei, dass eine Kompanie der Reichswehr, die zufälligerweise auf dem Weg nach Sachsen mit dem Zug durch Backnang fuhr, am Bahnhof ausstieg und zum Marktplatz marschierte. Daraufhin löste sich die versammelte Menge schlagartig auf, sodass die Reichswehr ebenso wenig eingreifen musste wie ein *größeres Kommando staatlicher Schutzpolizei*, das von Stuttgart kommend erst in Backnang eintraf, als *die Ruhe schon wieder hergestellt war.*¹¹¹

Auch das Backnanger Lehrerseminar musste Übergriffe seitens der Kommunisten befürchten. Dies lag darin begründet, dass im Jahr 1923 etwa 30 Seminaristen der NSDAP beigetreten waren, was der Seminarleitung *schwere Sorgen* bereitete. Nach den Vorkommnissen am 20. Oktober organisierte man einen *Nachtwachdienst unter der Leitung eines Seminarlehrers* und ließ die verschiedenen Zugänge zum Seminar durch *Seminaristen mit hölzernen Turnkeulen* bewachen. Dass diese Maßnahme durchaus ihre Berechtigung hatte, zeigte sich daran, dass die Kommunisten regelmäßige Streifen ums Seminar durchführten, die erst aufhörten, als sich Ende Oktober



Spendenauf Ruf für die Schwäbische Ruhrhilfe (MB vom 8. Februar 1923).

¹⁰⁷ StAB Bac G 001-72, S. 788 f.

¹⁰⁸ MB vom 25. Juli 1923.

¹⁰⁹ StAB Bac G 001-73, S. 874.

¹¹⁰ MB vom 20. Oktober 1923; Festschrift zur Feier des 25jährigen Bestehens des Seminars in Backnang. Backnang 1934, S. 22. Sautter wurde 1888 in Buttenhausen/OA Münsingen geboren und gehörte seit 1917 zu den ständigen Seminarlehrern. Wohl nicht zuletzt beeinflusst durch seine Behandlung am 20. Oktober 1923, verließ er mit seiner Familie noch vor Weihnachten dieses Jahres Backnang und trat eine Stelle als Pfarrer in Schalkstetten/OA Geislingen an der Steige an. Ebd., S. 42; StAB Alte Einwohnermeldekartei, Karte „Reinhold Sautter“.

¹¹¹ MB vom 22. Oktober 1923.



Das Backnanger Lehrerseminar wurde im Herbst 1923 von Kommunisten bedroht.

die Lage in Sachsen und Thüringen beruhigt hatte und damit die Gefahr eines kommunistischen Aufstands abgewendet worden war.¹¹²

Berichterstattung im Murrta-Boten über den Hitlerputsch

Der negative Höhepunkt der politischen Unruhen im Krisenjahr 1923 war zweifellos der sogenannte Hitlerputsch am 8. und 9. November 1923 in München. Dabei handelte es sich um einen ziemlich dilettantisch durchgeführten und letztlich auch gescheiterten Putschversuch der NSDAP unter Adolf Hitler (1889 bis 1945) und Erich Ludendorff (1865 bis 1937), dessen Endziel der Sturz der Reichsregierung in Berlin und damit die Beseitigung der parlamentarischen

Demokratie und die Errichtung einer nationalsozialistischen Diktatur war.¹¹³ Wie berichtete die lokale Zeitung Murrta-Bote, die Hauptinformationsquelle für die Backnanger Bevölkerung, über diesen Putschversuch?

Unter der erst mal ziemlich verharmlosend klingenden Überschrift *Versuch der Hitler-Leute in München zur Neubildung der bayr. Regierung* schilderte der Murrta-Bote am 9. November 1923 die bisher bekannten Ereignisse am Tag zuvor. Als Quelle für die Informationen wurde ein *Süddeutsches Korrespondenzbüro* genannt, das wiederum Hinweise von *privater Seite* erhalten hatte. Demnach sei *Hitler mit 600 Mann* in den Bürgerbräukeller in München eingedrungen, wo eine *nationale Kundgebung* stattfand, bei der die maßgeblichen Mitglieder der bayerischen Staatsregierung anwesend waren. Hitler habe erklärt,

¹¹² Festschrift (wie Anm. 110), S. 22 f.

¹¹³ Vgl. dazu: Otto Gritschneider: Bewährungsfrist für den Terroristen Adolf Hitler. Der Hitler-Putsch und die bayerische Justiz. München 1990; Wolfgang Niess: Der Hitlerputsch 1923. Geschichte eines Hochverrats. München 2023.



Die maßgeblichen Drahtzieher des Hitlerputschs posieren 1924 vor dem bayerischen Volksgericht München, wo ihnen der Prozess gemacht wurde.

daß die jetzige Regierung beseitigt und eine neue Leitung unter Landesbefehlshaber General Luden-dorff bereits aufgestellt sei. Direkt unter diesem Beitrag veröffentlichte der Murrthal-Bote einen Aufruf *An das deutsche Volk!* – unterzeichnet von Reichspräsident Friedrich Ebert (1871 bis 1925) und Reichskanzler Gustav Stresemann (1878 bis 1929). Darin wurden die *Putschbeschlüsse* für *null und nichtig* erklärt und man stellte unmissverständlich fest: *Wer diese Bewegung unterstützt, macht sich zum Hoch- und Landesverräter.*¹¹⁴

Am 10. November berichtete der Murrthal-Bote dann ausführlich über die genauen Details des Putschversuchs und die Schlagzeile über allem lautete: *Versuch der Hitler-Leute in München zur Neubildung der bayer. Regierung zusammengebrochen.* Außerdem wurde darauf hingewiesen,

dass der Aufstand ganz auf München beschränkt geblieben sei und nirgends in Bayern Nachahmung gefunden hätte.¹¹⁵ Auch in den nächsten Tagen war die Zeitung noch voll von Berichten über die Ereignisse in München. Schlagzeilen wie *Noch starke Erregung in München* oder *Hitler verhaftet* beherrschten auch die Titelseiten des Murrthal-Boten.¹¹⁶ Insgesamt gesehen boten die Berichte in der lokalen Zeitung eine immerhin ziemlich detaillierte Zusammenstellung der Ereignisse und der Reaktionen von staatlicher Seite. Das Ganze wurde jedoch völlig unkommentiert gelassen, sodass sich der Leser des Murrthal-Boten sein eigenes Bild machen musste. Wie die Backnanger Bevölkerung im Einzelnen auf den Putschversuch reagierte und was man darüber dachte, ist leider nicht überliefert.

¹¹⁴ MB vom 9. November 1923.

¹¹⁵ MB vom 10. November 1923.

¹¹⁶ MB vom 11., 12. und 13. November 1923.

Randnotizen und sonstige Ereignisse

Obwohl die wirtschaftliche und die politische Notsituation eindeutig im Vordergrund standen, gab es 1923 in Backnang auch noch einige weitere interessante Ereignisse, die zum Schluss dieses Beitrags nicht unerwähnt bleiben sollen. Selbst sie werfen einen bezeichnenden Blick auf die damalige Situation, die durch viel Unsicherheit aufgrund der schwierigen Rahmenbedingungen geprägt war.

Auch ohne die heute vorhandenen und die öffentliche Meinung oftmals dominierenden sozialen Medien gab es 1923 schon üble Nachrede, auf die manche mit einer Annonce im Murrthal-Boten reagierten. So ließ der bekannte Backnanger Kaufmann Max Mayer (1888 bis 1964) Anfang April 1923 verlauten, dass der *Backnanger Stadtklatsch* seine Frau in Verbindung mit *augenblicklich stattfindenden gerichtlichen Untersuchungen* bringen würde. Dies sei *selbstverständlich alles von Anfang bis zu Ende erlogen*. Wer diese Unwahrheiten weiterverbreiten würde, müsse mit einer *Anzeige wegen böswilliger Verleumdung* rechnen.¹¹⁷



Der Sockel des Grabkreuzes von Bertha Baumann, deren Mord nie aufgeklärt wurde.

Ein weiteres Gerücht, das sich wohl rasend schnell in der Stadt verbreitete, war, dass Apotheker Paul Müller (1879 bis 1967) von der Oberen Apotheke *Waffenschmuggel* betreiben würde und damit *in den Verdacht gemeingefährlicher, staatsumstürzlerischer Umtriebe* kam. Hintergrund dafür war, dass er *aus Anlaß einer Möbelbeförderung* die Gelegenheit genutzt hatte, auch seine umfangreiche *Waffensammlung (sehr wertvolle Feuersteinwaffen, alte Gewehre, Säbel und Lanzen)* dem Altertumsverein *als Geschenk* zu überlassen. Als diese Sammlung vor dem Schulhaus ausgeladen wurde, war gerade Pause und die Schüler konnten die Aktion bestens beobachten, was sie zu Hause natürlich sofort weitererzählten. Der Murrthal-Bote kommentierte süffisant, dass auch *ängstliche Leute* schnell einsehen würden, *daß man mit diesen alten Feuersteinwaffen und Hakenbüchsen keinen großen Schaden anrichten kann*.¹¹⁸

Wie angespannt die Situation in Backnang im Jahr 1923 war, zeigte sich auch bei einem anderen, äußerst ungewöhnlichen Ereignis: Am 18. Juli 1923 musste ein *französischer Doppeldecker* beim Seehof notlanden. Bevor nun das Gerücht die Runde machte, dass die Franzosen angreifen würden, meldete der Murrthal-Bote, dass es sich um ein *französisches Postflugzeug* handelte, das auf dem Weg von Prag nach Straßburg *infolge eines Motordefekts* notlanden musste. An Bord waren neben einem Franzosen zwei Amerikaner, darunter ein Bankier, der es furchtbar eilig hatte, da er noch den Dampfer nach New York erreichen wollte. Die Weiterreise musste allerdings per Auto erfolgen, da das Flugzeug *von einer Abteilung der Böblinger Flugstation abmontiert und mittelst Kraftwagen dorthin befördert* wurde. Zuvor wurde es jedoch von der Backnanger Jugend und ebenfalls anwesenden Ruhrkindern ausgiebig in Augenschein genommen.¹¹⁹

Ein weiteres Gerücht, das im Spätsommer 1923 die Runde machte, war die angebliche Aufklärung des Mordes an der 16-jährigen Backnangerin Bertha Baumann, die im August 1899 *im Bett durch zwei Stiche oder Schnitte in den Hals* umgebracht worden war.¹²⁰ Offensichtlich war

¹¹⁷ MB vom 3. April 1923.

¹¹⁸ MB vom 17. Juli 1923.

¹¹⁹ MB vom 19. Juli 1923.

¹²⁰ MB vom 26. August 1899, S. 537.

dieses schreckliche Verbrechen auch fast 25 Jahre nach der Tat noch nicht vergessen und sorgte immer wieder für Gesprächsstoff. Allerdings ergaben *Nachforschungen der Staatsanwaltschaft, daß an all dem Gerede kein wahres Wort ist*. Auch die *dabei ausgestreute Personen-Verdächtigung* habe sich als *vollständig haltlos* erwiesen.¹²¹ Damit blieb dieser Mordfall – übrigens bis heute – ungelöst.¹²²

Einen zumindest teilweise versöhnlichen Abschluss des dramatischen Jahres 1923 lieferte schließlich das Wetter, das ein Phänomen bot, das wir heute kaum noch kennen: eine weiße Weihnacht. Schon am 22. Dezember war die *Landschaft mit Bäumen und Sträuchern in ein weißes Gewand gehüllt*. Vor allem für die Jugend war dies ein willkommenes Ereignis, bekam man nun doch die *Gelegenheit zum Wintersport*. Allerdings war die strenge Kälte auch ein großes Problem, da nun zu *aller andern Not und Entbehrung noch der Mangel an Heizmaterial* hinzukam.¹²³

Fazit

Schon die in diesem Beitrag dargestellten kurzen Einblicke in die Ereignisse in Backnang zeigen, dass 1923 ein äußerst turbulentes und für viele Familien auch existenzbedrohendes Jahr war. Nicht von ungefähr kam es in diesem Jahr zu Aufständen von rechts und links, die die noch junge Weimarer Republik an den Rand des Zusammenbruchs brachten. Erst im Verlauf des nächsten Jahres verbesserten sich die Zustände vor allem in wirtschaftlicher Hinsicht, sodass man die Zeit zwischen 1924 und 1929 gerne auch als die „Goldenen Zwanziger“ bezeichnet. Diese kurze Zeitspanne war eine Blütezeit für die deutsche Kunst, Kultur und Wissenschaft, die 1929 mit der Weltwirtschaftskrise jäh endete und schließlich im Jahr 1933 mit der Machtergreifung der Nationalsozialisten fast komplett unterging.

¹²¹ MB vom 6. September 1923.

¹²² Vgl. dazu auch: BKZ vom 10. Dezember 2010.

¹²³ MB vom 22. Dezember 1923.